



# Niederschrift

über die 14. Sitzung  
des Schulausschusses der Stadt Lippstadt  
am 02.07.2002

<b>Sitzungsraum:</b>	Sitzungsraum E.08, Ostwall 1
<b>Beginn:</b>	18:40 Uhr
<b>Ende:</b>	20:40 Uhr

<b>Anwesend waren:</b>			
<b>CDU-Fraktion</b>			
1	Hans Werner Thomann	CDU-Fraktion - Ausschussvorsitzender	
2	Wilhelm Börskens	CDU-Fraktion	
3	Wilhelm Gösling	CDU-Fraktion	
4	Klaus Laufkötter	CDU-Fraktion	
5	Heinrich Linnebur	CDU-Fraktion	
6	Dirk Ruholl	CDU-Fraktion	
<b>SPD-Fraktion</b>			
7	Renate Knodel	SPD-Fraktion	
8	Christian Nernheim	SPD-Fraktion	
9	Sabine Pfeffer	SPD-Fraktion	
<b>FDP-Fraktion</b>			
10	Dr. Walter Strauß	FDP-Fraktion	
<b>Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen</b>			
11	Gisela Neumann-Pollok	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	bis 19:45 Uhr
<b>BG-Fraktion</b>			
12	Hans-Dieter Marche	BG-Fraktion	
<b>Parteilos</b>			
13	Peter Sinn	Vertreter der evangelischen Kirche	

<b>Ferner waren anwesend</b>	
Klemens Steffenbröer	Schulamt für den Kreis Soest

<b>Seitens der Verwaltung</b>	
Franz Ulrich Lücke	I. Beigeordneter und Schuldezernent
Beate Gramckow	Amt für Umweltschutz und Stadtreinigung zu TOP 5
Burkhard Alkemeier	Hochbauamt zu TOP 5
Franz Josef Brenke	Fachbereich Schule, Kultur und Sport
Uwe Thiesmann	Fachdienst Schule und Sport

## In öffentlicher Sitzung

### 4. Fragestunde für Einwohner

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

## **5. Abschluss des fifty-fifty Projektes und Konzeption zur Fortsetzung des Energiesparens an Schulen**

### **Vorlage Nr. 272/2002**

Herr Alkemeier stellte den Ausschussmitgliedern die Ergebnisse des dritten Projektjahres dar und bewertete das Gesamtprojekt anhand eines Vortrages. Anschließend präsentierte Frau Gramckow den Ausschussmitgliedern das Nachfolgeprojekt "Energiesparschule Lippstadt". Auf Nachfrage von Herrn Brenke erklärte sie, dass es entgegen dem bisherigen Projekt für die Schulen künftig keine finanziellen Anreize mehr geben würde. Es habe sich aus Sicht des Hochbauamtes und des Umweltamtes gezeigt, dass der finanzielle Anreiz seitens der Schulen als "Mitnahmeeffekt" angesehen wurde. Maßgeblich für den Erfolg des Projektes hätte sich die öffentliche Anerkennung gezeigt.

Frau Pfeffer bat die Verwaltung zu überprüfen, ob für die an dem Projekt erfolgreich teilnehmenden Schulen Preise ausgesprochen werden können. Frau Gramckow sowie Herr Alkemeier sicherten eine hausinterne Prüfung zu.

Frau Pfeffer plädierte dafür, dass die im Rahmen des fifty-fifty-Projektes in diesem Jahre letztmalig eingesparten Mittel, die dem allgemeinen Haushalt zufließen, zur Anschaffung von neuen Mathematikbüchern eingesetzt werden sollen, damit möglichst alle Schulkinder auch in ihren Schulbüchern nicht mehr mit DM-Beträgen rechnen müssen.

Herr Linnebur erwiderte, dass der für einen kompletten Austausch der Schulbücher aufzuwendende Betrag bei weitem die hier in Frage stehenden Mittel übersteigen würde. Da auch das Land die Durchschnittsbeträge für die Anschaffung von Schulbüchern, trotz der in den letzten Jahren erforderlich gewesenem Umstellung der Bücher auf die neue Rechtschreibung sowie der Euroumstellung, nicht angepasst habe, müsse es vermieden werden, bei den Schulen sowie den Eltern den Eindruck zu erwecken, dass mit einer solch geringen Summe für alle 23 städtischen Schulen die Mathematikbücher ausgetauscht werden könnten. Hier sei das Land gefordert, die Durchschnittsbeträge, die seit Jahren nicht erhöht wurden, anzupassen.

Herr Marche schlug vor, die Angelegenheit zur Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen. Aufgrund der weiteren Diskussion an der sich Frau Pfeffer sowie die Herren Laufkötter, Linnebur, Lücke, Marche und Thomann beteiligten, verzichtete Herr Marche auf die Stellung eines diesbezüglichen Antrages.

Der Antrag von Frau Pfeffer, der folgenden Wortlaut hatte:

" Die im Rahmen des 'fifty-fifty-Projektes' von den Schulen im Schuljahr 2001/02 eingesparten Mittel i. H. v. 9.378 €, die zur allgemeinen Haushaltsdeckung bestimmt sind, sollen als einmalige zweckbestimmte Zuwendung den Schulen für den Erwerb von Schulbüchern, insbesondere Mathematikschulbüchern, wegen der Umstellung auf € zur Verfügung gestellt werden."

wurde mit 4 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Ansonsten wurde die Verwaltung gebeten, die Angelegenheit in der nächsten Schulausschusssitzung zur Beschlussfassung vorzulegen und dabei die Auslobung von Preisgeldern zu prüfen.

**6. Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe an der Stadtwaldschule;  
h i e r : Antrag des Schulamtes für den Kreis Soest auf Erteilung der Zustimmung des  
Schulträgers  
Vorlage Nr. 152/2002**

Frau Neumann-Pollok stellte klar, dass aus Sicht ihrer Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht gefolgt werden könne. Sie plädierte dafür, trotz der negativen Aussage des Landes, hinsichtlich der Nichtübernahme der Kosten für den Zivildienstleistenden, der Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe an der Stadtwaldschule, auch in Anbetracht der für die Stadt Lippstadt zusätzlich anfallenden Kosten, zuzustimmen.

Laut Herrn Börskens werden seitens des Landes erneut Landesaufgaben auf die Kommune übertragen, ohne die hieraus resultierenden Kosten zu übernehmen. Die Stadt müsse sich fragen, ob sie sich aufgrund der finanziellen Situation, vor allem in den nächsten Haushaltsjahren, die Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe leisten könne. Insoweit käme man nicht umhin, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu folgen. Er bekräftigte, dass es sich seine Fraktion nicht leicht gemacht habe, zu dieser Einschätzung zu kommen.

Frau Pfeffer appellierte an die Ausschussmitglieder, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht zu folgen und der Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe an der Stadtwaldschule zuzustimmen. Insbesondere treffe es ihrer Meinung nach nicht zu, dass die Kosten für diese Maßnahme auf den Schulträger abgewälzt würden, da sich das Land mit der Teilabordnung einer Lehrkraft zum überwiegenden Teil an den Gesamtkosten beteiligen würde. Vor Jahren sei an der Grundschule Im Kleefeld die gemeinsame Beschulung von behinderten und nichtbehinderten Kindern eingerichtet worden. Den Kindern, die die Primarstufe erfolgreich abgeschlossen haben, müsse nun konsequenterweise auch die intergrative Beschulung in der Sekundarstufe I ermöglicht werden. Ansonsten liefe das Engagement im Primarbereich ins Leere.

Herr Börskens schlug im Anschluss an die weitere Diskussion, an der sich die Damen Neumann-Pollok und Pfeffer sowie die Herren Börskens und Linnebur beteiligten, vor, die Angelegenheit ohne Beschlussempfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen.

Herr Steffenbröer wies darauf hin, dass der Schulträger bei jedem Kind, welches an der Schule aufgenommen werden soll, aufgrund der Art der Behinderung über die Aufnahme oder Nichtaufnahme entscheiden könne. Insoweit sei die aufgeworfene Befürchtung, durch die Einrichtung der sonderpädagogischen Fördergruppe an der Stadtwaldschule könnten für den Schulträger unkalkulierbare Kosten im baulichen Bereich entstehen, unbegründet.

Auf Antrag von Herrn Thomann wurde die Ausschusssitzung unterbrochen, um den anwesenden Eltern der betroffenen Kinder die Gelegenheit zu geben, sich zu Wort zu melden. Im Anschluss an die Wortmeldungen von Frau Tembusch sowie den Herren Hüppmeier und Wessel wurde die Sitzung fortgesetzt.

Nach weiterer kurzer Diskussion beschloss der Schulausschuss auf Antrag von Herrn Börskens:

" Die Beschlussfassung über die Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe an der Stadtwaldschule wird ohne Beschlussempfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen."

(Einstimmig zugestimmt)

**7. Bericht über die Vormittagsbetreuung (Schule von acht bis eins) an den städt.  
Grundschulen im Schuljahr 2002/03  
Vorlage Nr. 280/2002**

Herr Brenke erläuterte die Vorlage. Darüber hinaus wurde die Vorlage zur Kenntnis genommen.

**8. Pilotprojekt zur ganztägigen Betreuung von Schülerinnen und Schülern an der Grundschule Am Weinberg und an der Grundschule An der Pappelallee  
Vorlage Nr. 273/2002**

Nach ergänzenden Ausführungen zu einzelnen in der Vorlage erwähnten Punkten durch Herrn Brenke beschloss der Schulausschuss:

" Der Zusammenführung der beiden Betreuungsformen 'Schule von acht bis eins' und 'Schülertreff in Tageseinrichtungen' an der Grundschule Am Weinberg (eine Gruppe) und an der Grundschule An der Pappelallee (zwei Gruppen) zu einem einheitlich strukturierten und qualitätsvollem Ganztagsangebot ab dem Schuljahr 2002/03 wird zugestimmt."

(Einstimmig zugestimmt)

**9. Verschiedenes**

Herr Lücke informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass sich die Bezirksregierung derzeit außerstande sehe, die Sanierung bzw. Modernisierung der Sporthalle der Kopernikus-schule durch die Gewährung einer Landeszuwendung mitzufinanzieren. Sollte auch eine spätere Bewilligung nicht möglich sein, so soll die Maßnahme nach dem vorliegenden Schreiben der Bezirksregierung Arnberg im Haushalt 2003 eingeplant werden.

---

Vorsitzende

---

Schriftführer